

Über Malawi



HIER STELLT FRANCIS FOLLEY, GESCHÄFTSFÜHRER DER NGO „YOUTH COALITION FOR THE CONSOLIDATION OF DEMOCRACY“ MALAWI VOR UND BERICHTET REGELMÄSSIG ÜBER AKTUELLE GESCHEHNISSE IM LAND

November 2019

Die Republik Malawi ist ein Binnenstaat in Südostafrika, der früher als Nyasaland bekannt war. Es grenzt im Nordwesten an Sambia, im Nordosten an Tansania und im Osten, Süden und Westen an Mosambik. Malawi erstreckt sich über 118.484 Quadratkilometer und hat eine geschätzte Bevölkerung von 18'091'575 Einwohnern (Stand Juli 2016). Malawi hat 28 Bezirke. Der Malawisee nimmt etwa ein Drittel der Fläche Malawis ein. Die Hauptstadt ist Lilongwe, die auch Malawis grösste Stadt und der Regierungssitz ist.

Unsere NGO liegt im Bezirk Chikwawa in der kleinen Stadt Nchalo. In diesem Bezirk sind wir hauptsächlich tätig. Einige unserer Projekte erstrecken sich über die Bezirksgrenzen hinaus, z.B. in den Bezirk Nsanje ganz im Süden von Malawi oder nach Blantyre, der zweitgrössten Stadt Malawis, die direkt an den Bezirk Chikwawa grenzt. Hier sind wir im Gefängnis tätig, wo viele Insassen aus dem Bezirk Chikwawa inhaftiert sind.

Das Land wird wegen der Freundlichkeit der Menschen „Das warme Herz Afrikas“ genannt.

Februar 2020

Malawi's Schulsystem

Der Kindergarten ist auch als Vorschule bekannt.

In Malawi gibt es nur sehr wenige Kindergärten. Sie sind sehr teuer, weswegen nur Kinder reicherer Eltern den Kindergarten besuchen können.

Grundschulen (insgesamt 8 Jahre)

Die Regierung von Malawi beschloss 1994, den Besuch der Grundschule für alle Kinder aus der Staatskasse zu finanzieren und nahm dies in das Gesetz auf. Die Finanzierung besteht jedoch hauptsächlich aus dem Bezahlen der Gehälter der Lehrer. Infrastruktur wie Strom, Wasser, Kommunikation, Versorgung der Kinder, die von weit her in die Schule kommen sowie Schuluniformen und Schreibmaterial ist darin nicht enthalten. Die Regierung gab den Grundschulen die Autonomie, selbst zu entscheiden, wie sie diese individuellen lokalen Prioritätsprobleme lösen möchten. Damit die Schulen überhaupt betrieben werden können, erheben sie einen sogenannten School-Fund. Dieser ist je nach Schule unterschiedlich hoch und hängt von den örtlichen Verhältnissen und der gegebenen Infrastruktur ab. Die Begleichung dieser Gebühr ist die Voraussetzung für den Schulbesuch.

Sekundarschulen (insgesamt 8 Jahre)

In Malawi gibt es Community Day Secondary Schools und Boarding Secondary Schools. Alle diese weiterführenden Schulen benötigen Schulgebühren, welche nicht vom Staat finanziert werden. In den Community Day Secondary Schools gehen die Schüler täglich zur Schule und essen und schlafen in ihren Häusern. In den Boarding Secondary Schools essen und schlafen die Schüler in der Schule, weswegen diese auch teurer sind. In Boarding Schools gehen Schüler, die einen sehr weiten Schulweg haben (z.B. aus entfernt liegenden Dörfern kommen) oder familienlos sind. Schüler, die in der Primary School gute Noten haben und motiviert sind, werden von YCD gefördert, indem die Schulgebühren übernommen werden.

Universitäten (insgesamt 4 Jahre)

Alle Universitäten in Malawi sind von den Studenten selbst zu finanzieren. Die Gebühren sind hoch. Kaum ein Schüler aus der Bevölkerung in Chikwawa hat ohne finanzielle Unterstützung ausserhalb der Familie eine Chance, die Universität zu besuchen. Auch hier ist YCD bestrebt, motivierten und geeigneten Schülern den Zugang zu verschaffen und die Gebühren zu finanzieren.

Regierungsführung, Verwaltung und Hunger

Die Republik Malawi war einst ein britisches Protektorat und wurde 1964 unabhängig. 1994 wurde ein demokratisches politisches Regierungssystem eingeführt. Derzeit hat Malawi etwa 46 politische Parteien. Die Regierung wird von einem Präsidenten angeführt und hat 46 Minister und 193 Abgeordnete. 80% der 18 Mio Malawier sind Subsistenzbauern, die von einer regengespeisten Landwirtschaft abhängig sind. 50,7% der Menschen leben unter der Armutsgrenze von \$1,90 pro Tag und 25% gar in extremer Armut (gemäss Internationalem Währungsfonds).

Bei Dürren oder Überschwemmungen stehen nur wenige Ressourcen zur Verfügung. Die Menschen stehen dann buchstäblich vor dem Nichts, so wie im Frühling 2019 bei der Flutkatastrophe. Noch heute hungern ca. 5 Millionen Menschen aufgrund dieser Überschwemmungen. Der Staat stellt keine Unterstützungsmassnahmen wie Saat zum Einpflanzen oder Baumaterial für die weggeschwemmten Häuser zur Verfügung.